

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 01.03.2022

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino
Frau Varnholt
Herr Weber

SPD

Herr Fluhme
Frau Gorsler
Herr Klaus
Herr Kollmeier
Frau Weißenfeld

Vorsitzende

(bis 18:10 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller
Herr Hood
Frau Wegner

Stellv. Vorsitzender

FDP

Herr Detlefsen

Die Partei

Frau Asmuth

AfD

Herr Dr. Sander

Die Linke

Frau Beier

BIG

Frau Karagöz

LiB

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Herr Klein

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Haas-Olbricht

Verwaltung

Herr Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Herr Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Aron	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Herr Gerber	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (Streetworker) (zu TOP 9)
Herr Heckersdorf	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (Streetworker) (zu TOP 9)
Herr Kokemor	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- (zu TOP 7)
Frau Krutwage	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Herr Palma	Stab Dezernat 5
Frau Riemann	Stab Dezernat 3
Herr Dr. Schmid	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (bis 18:20 Uhr)
Frau Vogel	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (zu TOP 10)

Gäste

Frau Frisch	Diakonieverband Brackwede (zu TOP 10)
Herr Niksch	Diakonieverband Brackwede (zu TOP 10)
Frau Kubatzki	DRK Kreisverband Bielefeld (zu TOP 11)

Schriftführung

Frau Mülöt	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
------------	--

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzende Frau Gorsler eröffnet die 13. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) und stellt den fristgerechten Zugang von Einladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Fraktionen hätten Pairing vereinbart.

Um bereits im Vorfeld einer Sitzung die Beschlussfähigkeit des Gremiums sicherstellen zu können, werden auf Anregung von Herrn Hood die Mitglieder des SGA gebeten, zukünftig vor der Sitzung die Schriftführung darüber zu informieren, falls eine Sitzungsteilnahme nicht möglich sei.

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt im Namen des Sozial- und Gesundheitsausschusses Herrn Martin Adamski als neuen Dezernenten für das Dezernat Umwelt, Mobilität, Klimaschutz und Gesundheit und wünscht ihm für seine Arbeit alles Gute.

Zunächst geht Vorsitzende Frau Gorsler auf die neusten politischen Entwicklungen in der Ukraine ein. Viele vor dem Krieg flüchtende Menschen aus der Ukraine würden in der nächsten Zeit sicher auch in Bielefeld ankommen. Aufgrund der Dringlichkeit des Themas schlägt sie vor, die Tagesordnung nach dem TOP 5 „Corona-Pandemie“ um einen neuen TOP 6 „Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine“ zu erweitern. Darüber hinaus müsse die Tagesordnung um zwei nach Erstellung der Tagesordnung fristgerecht eingegangene Anfragen und eine Informationsvorlage der Verwaltung zum TOP 5 „Corona-Pandemie“ erweitert werden. Außerdem bittet sie, die Beratung des TOPs 8 „Zielgruppenspezifische Streetwork“ aus organisatorischen Gründen vor den TOP 5 „Corona-Pandemie“ zeitlich vorzuziehen.

Beschluss:

1. Die Tagesordnung wird wie folgt erweitert:

- **TOP 3.2: „Fortsetzung des städtischen Impfzentrums (Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.02.2022)“, Vorlage Drucks.-Nr.: 3504/2020-2025**
- **TOP 3.3: „Impfmaßnahmen und -kampagnen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.02.2022“, Vorlage Drucks.-Nr. 3505/2020-2025**
- **TOP 5.1: „Software ‚Sormas‘“, Vorlage Drucks.-Nr. 3522/2020-2025**
- **TOP 6: „Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine“**

Die nachfolgenden TOPs verschieben sich entsprechend um eine Nummer nach hinten.

2. Die Beratung von TOP 9 (neu) „Zielgruppenspezifische Streetwork (...)“ erfolgt nach dem TOP 4 „Anträge“.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 12. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 25.01.2022

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 25.01.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Schuldner- und Insolvenzberatung – aktuelle Entwicklungen

Frau Krutwage berichtet von Veränderungen im Bereich der Insolvenzberatung, da sich ein Träger aus den Angeboten zurückziehen werde. Die Schuldnerhilfe Bielefeld e.V. habe jedoch bereits signalisiert, die Beratung ab dem 01.07.2022 übernehmen zu wollen. Um eine Vollzeitstelle finanzieren zu können, erfolge eine Aufstockung der Landesmittel von 56.000 € aus Mitteln der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen. Hier stünden 52.300 € zu Verfügung, von denen ca. 20.000 € benötigt würden. Der Bewilligungszeitraum für die Landesförderung sei allerdings bereits abgelaufen. Man stehe jedoch mit dem Land NRW in Verbindung, ob diese Förderung dennoch zur Mitte des laufenden Jahres erfolgen könnte.

Darüber hinaus sei geplant, zusätzliche Beratung im Bereich der Schuldnerberatung anzubieten. Man sei im Gespräch mit den beiden Trägern, die derzeit in Bielefeld ein Angebot vorhielten. Beide Träger könnten sich vorstellen, ihre Angebote aufzustocken, insbesondere mit dem Schwerpunkt auf quartiersorientierte soziale Schuldnerberatung. Geplant sei, nach Abschluss der Gespräche in einer der nächsten Sitzungen des SGA einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorzulegen.

Zu Punkt 2.2

Stand der Umsetzung des Beschlusses „Umsetzung der Mobilitätsstrategie; hier: Erstellung einer Fußverkehrsstrategie“

Der Ausschuss nimmt die mit der Einladung versandte schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.3

Strukturveränderungen in der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Bielefeld

Der Ausschuss nimmt die mit der Einladung versandte schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Kostenermäßigung bei der Ausstellung eines Personalausweises (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.01.2022)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3230/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die mit der Einladung versandte und die im Ratsinformationssystem veröffentlichte schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 **Fortsetzung des städtischen Impfzentrums (Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.02.2022)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3504/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die mit der Einladung versandte und die im Ratsinformationssystem veröffentlichte schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 **Impfmaßnahmen und -kampagnen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.02.2022)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3505/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die mit der Einladung versandte und die im Ratsinformationssystem veröffentlichte schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

Zunächst wird nun TOP 9 „Zielgruppenspezifische Streetwork (...)“ beraten und beschlossen (siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“). Die Protokollierung erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt.

Zu Punkt 5

Corona-Pandemie

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass die Infektionslage weiterhin beunruhigend sei. Täglich würden ca. 700 bis 900 Neuinfektionen gemeldet, die momentane Inzidenz liege bei 1.200. Gleichzeitig sei aber festzustellen, dass die Omikron-Variante deutlich weniger gefährlich sei. Dies schlage sich auch in der Situation in den Krankenhäusern nieder. Weiterhin werde gutes, über die Stadt verteiltes Impfangebot vorgehalten. Die ab dem 15.03.2022 geltende einrichtungsbezogene Impfpflicht werde von etlichen Krankenhäusern und Einrichtungen unterstützt. Ab Mitte März werde das Gesundheitsamt die betroffenen Mitarbeiter*innen des Gesundheitswesens anhören und Kontakt mit den stark betroffenen Arbeitgebern aufnehmen. Man werde notwendige Entscheidungen konsequent, aber mit „Augenmaß“ treffen, da die Versorgung sichergestellt und die Interessen der zu versorgenden Menschen im Blick behalten werden müssten. Beigeordneter Herr Nürnberger appelliert dringend daran, bei aufkommenden Fragen, Konflikten oder Unstimmigkeiten unbedingt den Kontakt zur Verwaltung zu suchen, damit im Einzelfall erläutert werden könne, welche Gründe zu der jeweiligen Entscheidung geführt hätten.

-.-.-

Zu Punkt 5.1

Software "Sormas"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3522/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die als Tischvorlage zur Verfügung gestellte und im Ratsinformationssystem veröffentlichte Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet zur aktuellen Situation des kriegerischen Angriffs Russlands auf die Ukraine. Bis heute seien über 40 Personen aus der Ukraine in Bielefeld angekommen. Viele seien von Familienangehörigen oder Bekannten aufgenommen, einige durch die Verwaltung in städtischen Unterkünften untergebracht worden. Derzeit werde versucht, über die Fachstellen für Flüchtlinge Kontakt mit den Ankommenden aufzunehmen und ihren Unterstützungsbedarf festzustellen. Die Europäische Gemeinschaft strebe an, über die sogenannte „Massenzustrom-Richtlinie“ einen vorübergehenden Schutz und einen sozialen Mindeststandard der Vertriebenen zu gewährleisten und zu regeln. Zurzeit befinde man sich aber in einer Übergangssituation ohne gesetzliche Vorgaben. Dennoch müssten diese Menschen mit Wohnraum und gegebenenfalls auch mit Gesundheitsleistungen und ähnlichem versorgt werden. Bielefeld bereite sich auf eine deutliche Zunahme der Zahl ankommender Menschen vor. Noch für diese Woche sei geplant, dass sich die beteiligten Akteure, wie zum Beispiel die Stadtverwaltung, die Kirchen, die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft Bielefeld e.V., der Arbeitskreis Asyl etc. an einem Runden Tisch zusammensetzen. Ziel sei die Aufklärung u.

a. hinsichtlich der rechtlichen Lage, die Koordinierung von ehrenamtlichem Engagement und der Austausch von Informationen über die verschiedenen Hilfsangebote.

Die riesige Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, von Institutionen und Privatpersonen, die Unterkünfte anböten und von vielen Menschen, die Geld spendeten oder auch ihre Zeit zur Verfügung stellten und ehrenamtlich und eigeninitiativ tätig würden, sei sehr beeindruckend und bemerkenswert.

Frau Krutwage ergänzt die seitens des Sozialdezernats konkret begonnenen Maßnahmen.

Am heutigen Tag sei eine Pressemitteilung herausgegeben worden und auf der Homepage der Stadt Bielefeld stünden erste Informationen zu diesem Thema zur Verfügung. Außerdem sei ein Postfach eingerichtet worden, an welches Bürger*innen oder Institutionen Unterbringungsangebote senden könnten. Die dort bislang bereits ca. 100 eingegangenen Angebote würden nun gesichtet, nach den entstehenden Möglichkeiten untersucht und die Anbietenden kontaktiert.

Es kämen vornehmlich Frauen mit ihren Kindern in Bielefeld an. Die Unterbringung dieser Personengruppe sei mit besonderen Anforderungen an den Wohnraum verbunden. Zurzeit stünden etwa 100 geeignete Plätze in städtischen Unterkünften zur Verfügung. Da die Stadtverwaltung auf die Strukturen und Erfahrungen aus der Flüchtlingssituation 2015/16 zurückgreifen könne, sei sie gut vorbereitet, um sehr schnell handeln zu können.

In den Räumen des ehemaligen Kinderrathauses werde als erste Anlaufstelle die „Beratungsstelle für Geflüchtete aus der Ukraine“ eingerichtet. Dort würden alle Informationen gebündelt und kanalisiert, so dass jeder ankommende Geflüchtete, aber auch jede Person oder Institution, die sich engagieren wolle, hier Antworten auf Fragen oder Ansprechpartner*innen finde.

Darüber hinaus reaktiviere die Stadt Bielefeld in Kooperation mit der Stiftung Solidarität den Bielefelder Flüchtlingsfonds, um den ukrainischen Geflüchteten im Einzelfall unbürokratisch und schnell helfen zu können, bis eine Inanspruchnahme von Sozialleistungen geregelt sei. Für Geldspenden stehe folgende Kontonummer des Bielefelder Flüchtlingsfonds zur Verfügung:

➤ **IBAN: DE18 4805 0161 0000 1248 00 (Sparkasse Bielefeld).**

Des Weiteren führe die Stadt Bielefeld mit Blick auf das Thema „bürgerchaftliches Engagement“ Gespräche mit der Freiwilligenagentur Bielefeld.

Frau Weißenfeld dankt für die Informationen. Sie wünsche sich, dass die Stadt Bielefeld und auch die Bevölkerung so großzügig wie möglich mit diesem Thema umgehe und sichert die Unterstützung der SPD-Fraktion zu.

Herr Weber hebt hervor, dass die aus der Ukraine geflüchteten Menschen nicht aus freien Stücken gegangen, sondern vertrieben worden seien. Er halte es für selbstverständlich, dass die Stadtgesellschaft wieder zusammenstehe und diese Menschen in ihrer Not offen aufnehme. Er versichere die volle Unterstützung der CDU-Fraktion zu den notwendigen Maßnahmen.

Frau Wegner spricht ihren Dank an die Stadtverwaltung aus, und lobt, dass die vorhandenen Strukturen in Bielefeld schnell reaktiviert werden könnten, um Menschen aufnehmen und versorgen zu können.

Abschließend erklärt Vorsitzende Frau Gorsler, dass sich der Sozial- und Gesundheitsausschuss hinter die Arbeit der Stadtverwaltung stelle, um umfassend Hilfe leisten zu können.

-.-.-

Zu Punkt 7

Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde 2019/2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3273/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kokemor von der WTG-Behörde (*WTG = Wohn- und Teilhabegesetz*).

Anhand einer Präsentation erläutert Herr Kokemor den Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde für die Jahre 2019/2020 (*Hinweis der Schriftführung: die Präsentation ist als PDF-Version im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme eingestellt.*). Bei der Prüfung der Einrichtungen stehe in erster Linie das Wohl ihrer Nutzer*innen im Fokus.

Frau Beier wünscht sich mehr Informationen aus dem Bericht, zum Beispiel hinsichtlich der Frage, wer die Mängel melde. Außerdem vermisse sie eine Gesamtübersicht der Gewichtung der festgestellten Mängel.

Herr Holler-Göller fragt, ob für die Mehrarbeit, die zum einen durch die in diesem Monat einsetzende einrichtungsbezogene Impfpflicht und zum anderen durch die geplante WTG-Reform entstehen werde, entsprechendes Personal vorhanden sei.

Herr Kokemor antwortet auf die Fragen und Anmerkungen. Die Struktur und das Konzept des Tätigkeitsberichtes sei von der Bezirksregierung vorgegeben. Er werde die Anregungen von Frau Beier mit in den nächsten Gesprächen mit der Bezirksregierung nehmen. Sicherlich seien Anpassungen möglich.

Solange die WTG-Novelle noch nicht verabschiedet sei, sei der Mehraufwand und damit der Personalbedarf nicht einschätzbar. Soweit notwendig, werde später eine Personalaufstockung beantragt.

Im Rahmen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht fungiere die WTG-Behörde als Schnittstelle: alle Daten der Einrichtungen gingen dort ein und würden dort gebündelt und vorgehalten.

Auf Nachfrage von Frau Weißenfeld erklärt Herr Kokemor, dass die Wohngemeinschaften zwar nicht zu den stationären Einrichtungen gehörten, aber durch den Prüfauftrag des WTG explizit in die Prüfungen einbezogen seien.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt Herr Kokemor für den Bericht.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Bielefeld-Pass - Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in Bäder und die Eisbahn der BBF

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3480/2020-2025

Frau Krutwage erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Herr Hood erklärt die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Beschlussvorschlag.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

- 1. Der SGA nimmt die konzeptionellen Eckpunkte für den ganzjährigen freien Eintritt von BI-Pass Berechtigten Kindern und Jugendlichen in Schwimmbädern und der Eisbahn der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH – BBF zustimmend zur Kenntnis und gibt die Mittel in Höhe von 90.000 € frei.**
- 2. Die Verwaltung berichtet im Herbst 2022 zum Stand der Umsetzung, dies insbesondere im Hinblick auf die Inanspruchnahme und die entstandenen Kosten.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Zielgruppenspezifische Streetwork: Folgerungen aus der praktischen Arbeit, Aufgabenschwerpunkte und erste Umsetzungsvorschläge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3040/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die beiden Streetworker Herrn Heckersdorf und Herrn Gerber.

Zunächst führt Beigeordneter Herr Nürnberger in das Thema ein und erläutert die Verwaltungsvorlage. Er betont, dass die fünf Beschlusspunkte als erste pragmatische Vorschläge und Ergebnisse aus den Erfahrungen und den fachlichen Einschätzungen der Streetworker*innen entwickelt worden seien und nun zunächst getestet werden sollten. Daher bitte er um Unterstützung zu diesem Beschlussvorschlag.

Anschließend informiert Beigeordneter Herr Nürnberger über die in den Sitzungen am 24.02.2022 beschlossenen Empfehlungen der Bezirksvertretungen (BV) zu dieser Vorlage:

- Die BV Mitte habe mit Mehrheit dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt.
- Die BV Brackwede habe dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit acht Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt und darüber hinaus einstimmig folgenden Zusatz beschlossen: "Die Verwaltung wird aufgefordert, gemäß dem Ersten Zwischenbe-

richt über das Projekt "Zielgruppenspezifische Streetwork" die Reinigungsintervalle auf dem Treppenplatz zu erhöhen."

- Die BV Sennestadt habe einstimmig wie folgt abweichend beschlossen: "Die BV fordert die Verwaltung auf, zweimal jährlich einen Bericht zur Entwicklung des Streetworks im Stadtbezirk Sennestadt vorzulegen bzw. voranzustellen.". Die Beschlussvorlage der Verwaltung habe die BV Sennestadt lediglich zur Kenntnis genommen.

Vorsitzende Frau Gorsler ergänzt die ihr vorliegende Einschätzung der Verwaltung zu den über die Vorlage hinausgehenden Empfehlungen der BVs: Für den von der BV Brackwede beschlossenen Zusatz der Erhöhung der Reinigungsintervalle sei nicht der SGA zuständig, sondern der Immobilienservicebetrieb (ISB). Für die von der BV Sennestadt geforderte halbjährliche Berichterstattung verfüge die Verwaltung personell über keine freien Kapazitäten. Darüber hinaus werde im zweiten Halbjahr 2022 eine neue Beschlussfassung in die Gremien eingebracht werden, da das Streetwork-Konzept zunächst bis Ende des Jahres 2022 befristet sei.

Herr Gugat stellt einen **Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 13 Geschäftsordnung des Rates (GeschORat)** auf Nichtbefassung mit dem Beschluss der BV Brackwede, die Reinigungsintervalle auf dem Treppenplatz zu erhöhen. Inhaltlich habe die Reinigung nichts mit dem Thema Streetwork zu tun.

Herr Hood spricht sich gegen den Antrag von Herrn Gugat aus, und betont die Wichtigkeit, heute über die Vorlage und auch über die vorgetragenen Vorschläge der Bezirksvertretungen zu beraten und zu beschließen.

Vorsitzende Frau Gorsler bittet um Abstimmung über den Antrag auf Nichtbefassung von Herrn Gugat und stellt folgendes **Ergebnis** fest:

Der Sozial und Gesundheitsausschuss lehnt die Nichtbefassung mit dem Beschluss der BV Brackwede zur Erhöhung der Reinigungsintervalle auf dem Treppenplatz einstimmig ab.

Beigeordneter Herr Nürnberger sagt zu, dass er das Thema „Erhöhung der Reinigungsintervalle auf dem Treppenplatz“ mit dem zuständigen Dezernat besprechen werde.

Herr Copertino erklärt für die CDU-Fraktion, dass ihm die Stellungnahme und Zusage des Beigeordneten Herrn Nürnberger ausreiche und der Zusatz der BV Brackwede hier daher nicht beschlossen werden müsse. Der Vorlage werde die CDU-Fraktion aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

- Es sei nicht nachvollziehbar, warum trotz eines einstimmigen Beschlusses der BV Brackwede eine öffentlich zu installierende Toilette unter Punkt 1. des Beschlussvorschlags keine Erwähnung finde.
- Anstelle von mobilen Sonnen- und Regenschirmen unter Punkt 2., fordere die CDU-Fraktion ein konkretes Ordnungskonzept für mehr Sicherheit und Sauberkeit, insbesondere auf dem Kesselbrink.
- Die Maßnahmen unter den Punkten 3. bis 5. seien nach Ansicht der CDU-Fraktion nicht ausreichend, nicht konkret und zielgerichtet genug ausgearbeitet.

Daher werde die CDU-Fraktion den hier beschriebenen Maßnahmen

nicht zustimmen. Gleichwohl unterstütze sie das Instrument Streetwork weiterhin.

Beigeordneter Herr Nürnberger betont, es gehe darum, die unterschiedlichen Menschen auf dem Kesselbrink wahrzunehmen und anzuerkennen, dass diese sich dort aufhalten dürften, solange sie nichts Verbotenes täten. Selbstverständlich müssten Vergehen entsprechend geahndet werden. Für die bestehenden Probleme werde nach pragmatischen Lösungen gesucht. Sollten sich diese Maßnahmen in der Praxis nicht bewähren, würde nach Alternativen gesucht.

Frau Weißenfeld begrüßt die Vorlage. Zu Punkt 3. des Beschlussvorschlags fragt sie, an welchem Ort die Sprechstunde stattfinden werde. Zu Punkt 4. möchte sie wissen, wie die beschriebene „Sozialraummoderation“ konkret umgesetzt werde. Außerdem fragt sie die Streetworker, wie aus ihrer Sicht die Streetworker*innen von der Öffentlichkeit wahrgenommen würden.

Herr Heckersdorf antwortet, dass die Streetworker*innen sowohl telefonisch als auch per Mail erreichbar seien. Regelmäßig telefonisch erreichbar seien die Streetworker*innen dienstags von 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr. Bei der Sozialraummoderation gehe es darum, Aufklärungsarbeit zu leisten, verschiedene Lebenswelten darzustellen, unterschiedliche Potenziale der Plätze sichtbar zu machen, Menschen zusammenzubringen und Barrieren im Umgang miteinander abzubauen, so dass auch soziale Kontrolle dabei entstehen könne. Dazu werde ein entsprechender Fahrplan entwickelt. Zur fachlichen Betrachtung der Situation sei die Durchführung eines Impulstages geplant. Zur Frage nach der Wahrnehmung der Streetworker*innen in der Öffentlichkeit berichtet Herr Heckersdorf, dass diese ihre Rolle als Streetworker*innen der Stadt Bielefeld transparent hielten. Sie unterlägen der Schweigepflicht und würden durch die ständige Präsenz und den kontinuierlichen Kontakt immer mehr als unabhängige Vertrauenspersonen und als Ansprechpartner*innen für verschiedenste Anliegen in Anspruch genommen.

Frau Beier spricht sich lobend über die konkreten Vorschläge aus. Es sei ein vorbildlicher Ansatz, den gesamten Sozialraum zu betrachten mit dem Ziel von Integration statt Verdrängung. Es gehe um das Verständnis für unterschiedliche Lebenslagen, Situationen und Bedürfnisse, verbunden mit dem Blick auf Hilfsangebote und Aktionen. Genau solch einen Ansatz erwarte sie von einem Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention.

Frau Wegner betont die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Beschlussvorschlag. Wichtig sei, trotz aller immer wieder bestehenden Konflikte mit den Nutzer*innen des Platzes ins Gespräch zu kommen. Zur Diskussion über die Schirme zum Schutz vor Witterung weist sie darauf hin, dass diese für alle Nutzer*innen des Platzes zur Verfügung stünden. Man dürfe keine Unterschiede machen, wem man die Schirme zugestehe und wem nicht.

Herr Gugat betont, dass es hier um ein Menschen-orientiertes Streetwork gehe. Die Herabwürdigung ganzer Gruppen besonders schutzbedürftiger Menschen sei unangemessen. Er ermutigte die Streetworker*innen, die Partizipation und Mitbestimmung dieser Menschen noch stärker zu unterstützen und wirbt für die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Herr Detlefsen erklärt, er habe seit mehreren Jahren beruflich an diesen Plätzen zu tun und heiÙe die Arbeit des Streetwork sehr gut. Wichtig sei, zunächst mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und um ihre Beweggründe und Geschichte zu erfahren. Er halte die Ausgabe von Schirmen für unangebracht und den Grünen Würfel als falsch gewählter Ort für Jugendarbeit, unterstütze das Konzept des Streetwork jedoch grundsätzlich. Falls die angestrebten Vorschläge sich als ungeeignet herausstellten, müssten weitere Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt und der Polizei vereinbart werden.

Herr Kollmeier ergänzt, dass der Kesselbrink ein Platz sei, auf dem sich ein Großteil der Bielefelder Gesellschaft wiederfinde. Auch trinkende Menschen seien Teil dieser Gesellschaft. Statt einer Debatte über Schirme sollte man vielmehr die Chance nutzen, dass sich auf diesem Platz Menschen versammelten, die von Streetwork erreicht würden. Er spreche sich für die Zustimmung zur Vorlage aus.

Herr Dr. Sander erklärt, dass die Ratsgruppe AfD die Vorlage ablehne. Die eigentliche Problematik verstecke sich auf Seite vier im letzten Absatz. Es hielten sich auf dem Platz zwei Gruppen von Menschen auf. Zum einen die Zielgruppe, also Menschen in besonderen Lebenslagen, zum anderen aber auch Menschen ohne diese speziellen Hintergründe, die den Platz frequentierten. Ihre Ängste und Sorgen um Sicherheit müsse man ebenso ernst nehmen wie die Belange der ersten Gruppe, was in der Verwaltungsvorlage aber nicht berücksichtigt werde. Diese Problematik des Lösungsansatzes kritisiere er deutlich und lehne die Vorlage daher ab.

Herr Klein berichtet, dass sich der Psychiatriebeirat ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt habe. Die Durchführung zielgruppenspezifischen Streetworks zunächst durch die Stadt Bielefeld erscheine sinnvoll, um verschiedene Maßnahmen gut zu bündeln. Dennoch sollte das Subsidiaritätsprinzip zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden. Der Psychiatriebeirat empfehle aus fachlicher Sicht die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, es sei notwendig, über bestehende Probleme zu sprechen und beide Seiten zu betrachten, also auch die Menschen, die sich auf dem Platz unwohl fühlten und Ängste hätten. Hier erfolge eine sehr enge Abstimmung und Zusammenarbeit von Streetwork, Ordnungsamt und Polizei. Dennoch müsse man auch über Fehleinschätzungen sprechen und gegen offensichtliche Unwahrheiten angehen.

Herr Gerber ergänzt, dass sich die Berichterstattung über den Kesselbrink zumeist auf negative Aspekte und einzelne Vorfälle konzentriere. Die Streetworker*innen hätten den dringenden Wunsch, dass vielmehr die vielen Möglichkeiten und Potentiale des Platzes und seine urbane Einbettung in Bielefeld hervorgehoben werde.

Frau Beier stellt folgenden Änderungsantrag: **„Die beiden Worte „ob und“ im Beschlussvorschlag unter Nr. 1 im ersten Satz werden gestrichen.“** Es sei keine Frage, ob die Toilettensituation verbessert werden müsse, sondern nur wie sie zu verbessern sei.

Vorsitzende Frau Gorsler bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag von Frau Beier. Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass in der in Papierform versendeten Vorlage die beiden maßgeblichen, von Frau Beier benannten Worte, fälschlicherweise fehlten. Die im Ratsinfosystem eingestellte und veröffentlichte Vorlage sei die korrekte Version. Er bittet, diesen Fehler zu entschuldigen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss:

„Die beiden Worte „ob und“ im Beschlussvorschlag unter Nr. 1 im ersten Satz werden gestrichen.“

- einstimmig beschlossen -

Unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Streichung fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden vom Beschlussvorschlag **abweichenden Beschluss** (Streichung in *kursiv*):

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, *ob und* wie die öffentliche Toilettensituation in der Umgebung des Hauptbahnhofes und am Kesselbrink verbessert werden kann. Die Umsetzungskonzepte (z. B. erweiterte Öffnungszeiten) und die aufzubringenden Kosten werden in enger Abstimmung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention und des Immobilien-Servicebetriebes (ISB) geklärt und der Politik zur Entscheidung vorgestellt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten für einen Sonnen- und Regenschutz auf dem Kesselbrink zu prüfen. Es sollen sowohl kurzfristige mobile Möglichkeiten getestet als auch langfristige Lösungen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität für alle Platzbesucher*innen in Zusammenarbeit mit dem Dezernat 4 erarbeitet werden.**
- 3. Das Dezernat für Soziales und Integration wird ab sofort eine regelmäßige Sprechstunde für Bürger*innen einführen. Bürger*innen erhalten somit eine Anlaufstelle für ihre Anliegen und Themen, die den öffentlichen Raum betreffen (z. B. Unsicherheitsgefühle).**
- 4. Das Dezernat für Soziales und Integration wird beauftragt, eine sog. „Sozialraummoderation“ und entsprechende Maßnahmen zur Imagestärkung öffentlicher Plätze anzubieten. Das sind u.a. Begegnungen und der Austausch von Menschen in verschiedenen Lebenswelten und Aktionen zur positiven Belebung des Platzes für alle Platznutzer*innen. Dabei sollen besonders positive Aspekte und Potentiale der Plätze herausgestellt und wahrnehmbar gemacht werden.**
- 5. Das Dezernat für Soziales und Integration wird beauftragt, Teilhabechancen und niedrigschwellige Beschäftigungen für**

stigmatisierte Personen und Gruppen zu prüfen. Für Personen mit geringen beruflichen Perspektiven sollen flexible und projekthafte Lösungsansätze entwickelt werden. Diese Projekte sollen sich am Peer-to-Peer Ansatz orientieren, indem Personen gestärkt werden, einen Beitrag für ihre Peers oder ihren Aufenthaltsort zu leisten. Das können z. B. dauerhafte Reinigungstätigkeiten im Quartier, Platzpflege, offene Fahrradwerkstätten oder auch weitere Projektideen der Menschen selbst sein.

-abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen-

-.-.-

*Nun erfolgen die Beratungen
der Tagesordnungspunkte 5 bis 8 und 10 bis 19.*

-.-.-

Zu Punkt 10

Projekte der Stadtteilkoordinationen Jöllenneck, Mitte-Nord und Brackwede im Rahmen der Stadtteilkoordinationskasse im 4. Quartal 2021 und Ergebnisse der Dialogischen Gespräche 2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3219/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Frisch und Herrn Niksch vom Diakonieverband Brackwede sowie Frau Vogel vom Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention.

Anhand einer Präsentation stellen Frau Frisch und Herr Niksch exemplarisch das Projekt „Rubbeladventskalender + Beleuchtung“ vor, welches im Dezember 2021 in Brackwede durchgeführt worden sei (*Hinweis der Schriftführung: die Präsentation ist als PDF-Version im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme eingestellt.*). Darüber hinaus geben sie Einblicke auf geplante Projekte, wie zum Beispiel der Aktionenkalender 2022/2023.

Auf Nachfrage von Herrn Holler-Göller erklären Frau Frisch und Frau Vogel, dass die Mittel der Stadtteilkoordinationskasse zur Durchführung von Veranstaltungen einzusetzen seien. Für Anschaffungen, wie zum Beispiel Laptops, müssten alternative Fördermöglichkeiten in Anspruch genommen werden, wie beispielsweise der Teilhabefonds.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt für den Bericht.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

Zwischenbericht zu den neuen Stadtteilmütter-Projekten in Sennestadt, Baumheide und Jöllenneck (Oberlohmannshof) und den etablierten Projekten in Sieker und im Ostmanturmviertel

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3320/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Kubatzki vom DRK Kreisverband Bielefeld.

Frau Kubatzki erläutert die vorliegende Informationsvorlage der Verwaltung. Stadtteilmütter verstehen sich als Lotsinnen vor Ort, sie seien niederschwellig aufsuchbar und eine wichtige Stütze für die im Stadtteil lebenden Menschen.

Frau Beier fragt, ob die Stadtteilmütter Schulungen erhielten oder in anderer Form begleitet würden und ob es eine formale Art der Anerkennung für ihre Arbeit gebe. Frau Kubatzki erklärt, dass die Frauen in verschiedenen Einrichtungen zu unterschiedlichen Themen geschult würden und darüber eine Bescheinigung erhielten. Dieses Zertifikat empfänden die Frauen als große Anerkennung. Die Arbeit der Stadtteilmütter sei ein ehrenamtliches Engagement vor Ort und die Frauen erhielten darüber hinaus viel Anerkennung von den eigenen Familien und von den Menschen im Stadtteil, von Ärzten, Einrichtungen et cetera. Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass eine kleine Aufwandsentschädigung für das Ehrenamt gezahlt werde.

Herr Gugat hält das Stadtteilmütter-Projekt für eine zeitgenössische Partizipation, dankt für die Arbeit und spricht sich für eine Ausweitung und eine Weiterführung dieser Projekte aus.

Herr Holler-Göller regt an, das Rollenbild zu hinterfragen und nicht nur Stadtteilmütter, sondern auch Stadtteilveräter zu initiieren.

Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, er sei von der Arbeit der Stadtteilmütter und ihrer Entwicklung beeindruckt. Das Projekt werde auf weitere Stadtteile ausgeweitet.

Vorsitzende Frau Gorsler bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es wird kein Bericht gegeben.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt um 19:25 Uhr die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Sylvia Gorsler - Vorsitzende

Rita Mülöt - Schriftführung